

8. JUNI 1984

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/106

Bonn, den 8. Juni 1984

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:Zeiler:

1 - 1a

Selbstbewußt und klar

67

Die Entscheidung der SED für Lübke

1a

Fließende Fronten im Ostblock

28

Moskau, Bukarest und das GATT

2

Reisegepäck für Erhard wird schwerer

46

Zum Besuch des französischen Außenministers in Bonn

Vor * * *

3 - 6

Entwicklungsbedürftig

181

Stiefkinder: Kulturelle Beziehungen zum Ausland

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Selbstbewußt und klar

Die Entscheidung der SPD für Lübke

Die Sozialdemokratie hat sich die Entscheidung, den sozialdemokratischen Mitgliedern der Bundesversammlung zu empfehlen, ihre Stimmen für Heinrich Lübke, den amtierenden Präsidenten der Bundesrepublik, zu geben, nicht leichtgemacht. Die SPD ist eine große Partei, in ihr herrscht Meinungsfreiheit und der Prozeß politischer Willensbekundung vollzieht sich durch freimütige, alle überschaubaren Aspekte umfassende Diskussion. Politische Klugheit, staatspolitische Einsicht und den auf das Ganze gerichteten Blick geben dann den Ausschlag.

Nach menschlichem Ermessen ist die Wiederwahl Heinrich Lübkes zum zweiten Präsidenten der Bundesrepublik gesichert. CDU/CSU und SPD verfügen in der Bundesversammlung fast über 90 Prozent der Stimmen. Dies allein sichert Lübke eine überwältigende Mehrheit. Das hat schon seine Bedeutung, sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch.

Mit der Entscheidung der sozialdemokratischen Führungsgremien wurde eine Wiederholung der unschönen Vorgänge bei der ersten und dritten Bundespräsidentenwahl verhindert; bei der ersten war der später gewählte Präsident ein Kandidat der Koalition, Produkt vorher gefasster Absprachen, bei der dritten präsentierte die CDU/CSU, damals noch im Besitz der absoluten Mehrheit, ihren Kandidaten, sie glaubte keine Rücksicht auf die anderen im Bundestag vertretenen Parteien nehmen zu müssen. Die jetzigen Mehrheitsverhältnisse im Parlament und in der Bundesversammlung verlagerten die Gewichte. Ein gemeinsamer Kandidat der Koalitionsparteien, der FDP und der CDU/CSU, hätte sich nur auf eine geringe Mehrheit stützen können. Gute 42 Prozent der Wahlmänner gehören der Sozialdemokratie an. Eine Partei wie die Sozialdemokratie kann hier nicht übersehen werden, die Geltendmachung ihres Einflusses auf allen Ebenen im politischen Bereich entspricht ihrer staatspolitischen Verantwortung.

Die gegenwärtige, aus CDU/CSU und FDP bestehende Koalition wurde, das soll nicht übersehen werden, unter negativen Vorzeichen gebildet - unter der ausdrücklichen Zielsetzung, die Sozialdemokraten von der Regierungsverantwortung fern zu halten. Negative Zielsetzungen wirken sich auf die Dauer nicht gut aus, sie lähmen diejenigen, die sie verfolgen und als Programm deklarieren.

Die Aufstellung Buchers als Kandidat erfolgte unter diesen Aspekten. Die Freien Demokraten mußten sich von Anfang an klar sein, daß Bucher nicht die geringsten Chancen hatte; sie haben ihn auch nur aufgestellt, um den größeren Koalitionspartner, die Unionsparteien zu zwingen, im zweiten Wahlgang einen anderen, ihnen genehmeren Kandidaten zu nominieren. Wollte die Partei Mendes auf diese Art dokumentieren, sie hätte als "Zünglein an der Waage" ein Mitspracherecht, das weit über ihre zahlenmäßige Bedeutung hinausgeht, dachte sie, die Sozialdemokratie würde auf ein solch durchsichtiges Manöver hereinfallen?

Die Entscheidung der sozialdemokratischen Führungsgremien hat alle bis zum letzten Wochenende üppig wucherenden Spekulationen zerstört, sie zerriß die Nebelschleier, die über der politischen Landschaft lagen. Die SPD sagt JA zu Heinrich Lübke, dem Mann, der sich um das Ansehen der Bundesrepublik große Verdienste erworben hat, dem

8. Juni 1964

Mann, dem die Erfüllung gesamtdeutscher Verpflichtungen ein Herzensbedürfnis ist - das beweisen seine vielen Berlinbesuche - sie sagt JA zu dem Mann, der als höchster Würdenträger des Staates über den Parteien steht und dies wiederholt auch demonstrativ zu bekunden wußte.

Seine Stimme als wiedergewählter Präsident der Bundesrepublik Deutschland wird nun im In- und Ausland noch größeres Gewicht erhalten. Lübkes integre Persönlichkeit, seine Untadeligkeit als ein Überzeugter, von redlichen Willen durchdringender Demokrat ist ein nicht hoch genug einzuschätzendes Positivum für Deutschland. Im Ausland repräsentiert Heinrich Lübke das neue Deutschland, frei von Machtstreben, bemüht, soweit es seinen Möglichkeiten entspricht, die Bandenfriedlicher Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu stärken.

Die Sozialdemokraten trafen ihre Entscheidung aus wohlervogenen Gründen. Sie wissen sich dabei in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit unseres Volkes. Heinrich Lübkes Wiederwahl sichert die Kontinuität der neuen deutschen Demokratie.

+ + +

Fliessende Fronten im Ostblock

Moskau, Bukarest und das GATT

sp - Die Kommunistische Partei Rumäniens hat sich in schärfster Form jede Einmischung der Sowjetunion in die wirtschaftlichen Angelegenheiten Rumäniens verbeten. Tags zuvor hatte Radio Moskau von einer "absichtlich perversen Haltung" Rumäniens in Wirtschaftsfragen gesprochen. Hintergrund dieser Kontroverse ist die Absicht Rumäniens, dem GATT in Genf beizutreten. Wie in Genf verlautet, sollen nicht nur Rumänien, sondern auch Ungarn und Polen den gleichen Schritt vorbereiten. Die Tschechoslowakei gehört als einziger Ostblockstaat schon seit Langem dem GATT an, ohne jedoch allzu viel Gebrauch davon zu machen.

Wenn Rumänien im GATT aufgenommen wird und auch andere Länder des Ostblocks ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu den westlichen Ländern verstärken, dürfte das COMECON, jene wirtschaftliche Organisation, die ursprünglich als Gegengewicht gegen die EWG gedacht war, bald an Bedeutung verlieren. Bisher galt das GATT in der östlichen Sprachregelung als "Club der reichen westlichen Nationen". Im Laufe der Zeit hat sich jedoch ganz offenbar in mehreren Hauptstädten der Ostblockstaaten die Meinung durchgesetzt, daß man genauso mit den "Kapitalisten" Geschäfte machen kann, wie es Moskau schon seit jeher tut. Bisher hatte Moskau in dieser Beziehung eine privilegierte Stellung, die aber in dem Maße abgebaut wird, in dem sich der Konflikt zwischen Moskau und Peking verschärft. Ob sich in der politischen Haltung der Ostblockstaaten, die jetzt zum GATT kommen wollen, gegenüber dem Westen etwas ändern wird, dürfte sich bald zeigen.

+ + +

Reisegepäck für Erhard wird schwerer

Zum Besuch des französischen Aussenministers in Bonn

Von * * *

Der französische Aussenminister Couve de Murville hat anlässlich seines kurzen Aufenthalts in Bonn geäußert, er wolle den im Juli stattfindenden Besuch von Staatspräsident de Gaulle vorbereiten und kurz vor Antritt der Amerikareise des Bundeskanzlers klarstellen, in welchen Punkten Paris mit Washington übereinstimmt und welches die Meinungsverschiedenheiten sind. Wenn nicht alles täuscht, hat Staatspräsident de Gaulle darauf Wert gelegt, den Bundeskanzler wissen zu lassen, daß man in Paris nicht gerade begeistert wäre, wenn Erhard bei seinen Gesprächen mit Präsident Johnson "in Bausch und Bogen" die amerikanische Haltung billigt. Wieder einmal wird dadurch die offizielle Bonner Politik vor die Frage "Washington oder Paris" gestellt.

Es ist aber nicht nur das Dreiecksverhältnis Paris - Washington - Bonn, das der französischen Staatspräsidenten beschäftigt. Seitdem sein Aussenminister in Madrid war und dort eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Franco-Spanien in Aussicht gestellt hat, glaubt man in Paris, auch die Bundesregierung für die französischen Pläne gewinnen zu können. An erster Stelle steht hierbei die Absicht de Gaulles, Spanien in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft einzubauen, ein Ziel, das von Belgien und Holland nicht gebilligt wird; in Italien sind ebenfalls Widerstände zu erwarten.

Aber Staatspräsident de Gaulle müßte nicht General sein, wenn er nicht mit seinen politischen Plänen für Spanien gleichzeitig auch militärische Ziele verfolgen würde. Da de Gaulle von der Voraussetzung ausgeht, daß die NATO früher oder später nicht mehr in der Lage sein wird, die Bewegungsfreiheit der westlichen Bündnispartner im Mittelmeerraum zu gewährleisten, strebt er schon seit langem auf der Grundlage eines Militärbündnisses der Mittelmeer-Anrainer eine neue Verteidigungskonzeption in diesem Teil der Welt an. In Griechenland ist die französische Diplomatie sehr aktiv, in Jugoslawien ebenfalls und in Ägypten, das eine Schlüsselposition im östlichen Teil des Mittelmeers inne hat, sind in letzter Zeit von Frankreich erstaunliche Avancen gemacht worden. Spanien würde sich ohne Zweifel einem solchen Bündnis anschließen, wenn es die Gewißheit hätte, daß dabei auch wirtschaftlich etwas herauskommt.

Alle diese Pläne de Gaulles laufen praktisch darauf hinaus, die Amerikaner und die Engländer aus dem Mittelmeerraum zu verdrängen. Man sind die Mittelmeerinteressen der Bundesrepublik hauptsächlich wirtschaftlicher Art; sie dehnen sich aber auch auf militärische Aspekte aus, weil Amerikaner und Engländer für ihre militärischen Maßnahmen in diesem Teil Europas auch die Unterstützung der Bundesrepublik - soweit es sich hierbei um allgemeine Planungsvorhaben handelt - brauchen.

Sicher steht von allen diesen Überlegungen kein Wort im Abschlusskommuniqué, das man in Bonn und Paris nach dem Besuch des französischen Aussenministers veröffentlichter wird. Trotzdem werden einige Hinweise de Gaulles das Reisegepäck des Bundeskanzlers bei seinem Start in die USA beschweren.

+ + +

Entwicklungsbedürftig

Stiefkind: Kulturelle Beziehungen zum Ausland

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Unter den Themen, die dem Rechtsausschuß des Bundestages kürzlich zur Beratung überreicht wurden, befindet sich die erneut aktuell gewordene Frage, inwieweit die Grundgesetzbestimmung, daß die Außenpolitik Sache des Bundes sei, auch auf zahlreiche bisher von den Ländern als strittig betrachteten Aspekte der kulturellen Außenbeziehungen zutrafte.

Die Klärung dieser Frage ist notwendig, aber man muß sich fragen, ob nicht Schwerwiegenderes hinter der ungeklärten Rechtslage steckt. Gerade in diesen Tagen hat man Anlaß zu der Befürchtung, daß die Bundesregierung und ihr Außenminister, ungeachtet der in letzter Zeit verstärkten Mahnungen, die kulturellen Außenbeziehungen nach wie vor nicht als integrierenden Bestandteil unserer auswärtigen Beziehungen und damit auch der Außenpolitik schlechthin betrachten. Für eine weitere Vernachlässigung der auswärtigen Kulturbeziehungen, die - was man im Auswärtigen Amt nicht wahrhaben will - viel nachhaltiger und andauernder über das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt entscheidet, als zum Beispiel Entwicklungshilfekredite oder Handelsbeziehungen, spricht vieles.

Unangebrachte Sparsamkeit

So hat offenbar der Finanzminister für das kommende Haushaltsjahr eine Kürzung der allgemeinen Bewilligungen im Etat des Auswärtigen Amtes verlangt, obwohl der Ausbau unserer kulturellen Auslandsbeziehungen in keiner Weise als abgeschlossen gelten kann, wie kritisch man immer manchem, was zur Zeit geschieht, gegenüber stehen mag. Solche Sparsamkeit leistet man sich auch nicht bei unseren Nachbarn. So sind die Aufwendungen Großbritanniens und Frankreichs für den selben Zweck auch während der letzten Jahre von Etat zu Etat zwischen 12 und 15 Prozent erhöht worden.

Dabei hat sich die Bundesrepublik gegen eine steigende kulturelle Aktivität der Zone zu behaupten, die besonders im Hochschulwesen der Entwicklungsländer und an deren Versorgung mit Fach- und Schulbüchern empfindlich fühlbar wird.

Die Folgen dieser Sparsamkeit lähmen die Auslandsarbeit der Bundesrepublik auf Gebieten, die früher die traditionellen Wurzeln einstiger deutscher Renommées in der Welt waren: Wissenschaft, Forschung und Lehre. Das Wirken deutscher Wissenschaftler und Hochschullehrer besonders in Lateinamerika, Afrika und Asien gehört zu den wahrscheinlich fruchtbarsten Aktivposten unserer kulturellen und auch politischen Außenbeziehungen, aber es scheint, daß die Bundesregierung das nicht einsehen will. Die schlechte Dotierung des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) und die nach wie vor kümmerliche Ausstattung der vor einigen Jahren gegründeten Vermittlungsstelle, die, gemessen an den kontinuierlichen Nachfragen nach deutschen Dozenten, einen Etat von mindestens drei Millionen haben müßte, verfügt nicht einmal über eine Million und gegenwärtig wird offenbar im Amt überlegt, ob sie aus Mangel an Mitteln ungeachtet ihrer anfänglich segensreichen Tätigkeit nicht wieder geschlossen werden soll.

8. Juni 1964

Ein falscher Weg

Als zwangsläufige Folge des einer lebendigen und flexiblen Kulturauslandsarbeit feindlichen Eatismus sind die Mittel der Kulturabteilung fast vollständig an laufende, oft den Charakter von Rechtsverbindlichkeiten tragenden Verpflichtungen gebunden. Die angemessene Etatsteigerung von 60 auf 170 Millionen in den Jahren 1958 bis 1962 war von einem vielleicht überhasteten Aufbau eines Netzes von Schulen und Kulturinstituten möglich, weil nur so die dazu in einem gewissen Verhältnis stehenden freien Verfügungsmittel erhöht werden konnten. Diese Methode hat sich als falscher Weg erwiesen. Die freien Mittel sind wiederholt als erste dem Rotstift des Finanzministers und des Haushaltsausschusses zum Opfer gefallen.

Auf diese Weise kann ad hoc fast nichts mehr geschehen. Wichtige, in der deutschen Tradition liegende Beiträge, wie etwa die für die Entwicklungsländer besonders bedeutsame volks- und sprachkundliche Forschung und wie zum Beispiel die Schaffung deutsch-fremdsprachlicher Wörterbücher unterbleiben oder werden der DDR überlassen.

Nicht viel besser steht es bei den Kulturabkommen. Ohne auf die verlockende Aufgabe einzugehen, den Wert dieser Abkommen und die Art und Weise, in der sie erfüllt werden, zu untersuchen, kann man an einer Feststellung nicht vorbeigehen: Der Versuch, die getroffenen Vereinbarungen eines Kulturabkommens zu erfüllen, kostet in jedem Fall Gold. Mit Ausnahme des Abkommens über den deutsch-französischen Jugendaustausch hat die Bundesregierung kein Kulturabkommen zum Anlaß genommen, entsprechende Mittel zu seiner Erfüllung einzusetzen. Eine weitere Ausnahme bildete in gewisser Weise das deutsch-sowjetische Kulturabkommen, weil hier vertraglich Einzelmaßnahmen festgelegt worden waren, die honoriert werden mußten.

Unerfüllte Versprechungen

Jedoch finden sich z.B. im Etat für 1964 und in den Ansätzen für 1965 nirgendwo die Mittel für den verstärkten Kulturaustausch mit der UdSSR und der Ostblockstaaten, deren Bereitstellung die Bundesregierung durch den Mund der Staatssekretäre Lahr und Carstens vor dem Bundestag angekündigt hatte.

In diesem Zusammenhang bleibt ein noch besonders gravierender Punkt zu erwähnen. Beim letzten Besuch des Bundeskanzlers in London wurde eine Intensivierung des deutsch-britischen Kulturaustauschs beschlossen. Ausnahmsweise blieb es nicht bei allgemeinen Versicherungen, sondern man sah konkrete Maßnahmen ins Auge, darunter ein deutsch-britisches Jugendaustauschprogramm, das deutscherseits etwa 1,8 Millionen DM kosten sollte. Alles in allem beliefen sich die Kosten für die besprochene Erweiterung kultureller Beziehungen auf rund 5,2 Millionen. Aber offenbar hat der Finanzminister versäumt, von diesen Abmachungen Kenntnis zu nehmen, denn so weit man bisher weiß, ist dieser Posten im Etat nicht eingeplant.

Daß Außenminister Dr. Gerhard Schröder und seine beiden Staatssekretäre - letztere gelegentlicher gegenteiliger Versicherungen - kulturelle Beziehungen für keine ins Gewicht fallende Dimension der Außenpolitik halten, ist bekannt. Dieses Desinteresse erschwert nicht nur notwendige organisatorische Reformen der auswärtigen Kulturpolitik, sondern beraubt sie auch zusehends einflussreicher und bedeutender Köpfe. Die Tendenz, wichtige kulturelle Positionen bei internationalen oder

8. Juni 1964

europäischen Organisationen mit Botschaftern zu besetzen, die wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem Dienst geschieden sind, ist Zeugnis der Abneigung des Amtes, die besondere Qualifikation für die Laufbahn des Kulturattachés in auswärtigen Dienst zu bejahen. Die Neigung, diese Stellung mit Allrounddiplomaten und nicht mit fähigen Aussenseitern zu besetzen, hat das Element gelegentlich durchaus fleissiger Mittelmäßigkeit unter den Kulturattachés gefördert. Dazu hat die Unterbewertung des Dienstpostens dieses Zweiges bewirkt, daß kein Karrierediplomat, der ehrgeizig ist, zur Kulturabteilung im Amt oder zur Kulturarbeit draussen strebt, weil Aufstiegschancen nicht existent sind. Der Kulturreferent in Washington sitzt auf der letzten VLR I Stelle dieses Dienstzweiges und in Rom, Paris und London reicht es gerade noch zu einer LR Stelle. Alles andere geht nicht über den Subalterndienst hinaus. Auf diese Weise hat sich das Amt selbst der Möglichkeit beraubt, begabten Nachwuchs für die Spitzenpositionen in der Kulturabteilung zu schaffen, was jetzt, wo der seit fünf Jahren amtierende Ministerialdirektor Dr. Dieter Sattler spätestens im Herbst kommenden Jahres, möglicherweise aber schon früher, ausscheiden wird, erschreckend deutlich zu Tage tritt.

Unzureichender Personalbestand

Es ist nötig, die Folgen des quantitativen Personalmangels aufzuzählen. Sie sind in der Verwaltung der Auslandsschulen unverantwortlich und sie bewirken, um ein weiteres Beispiel zu nennen, durch die hoffnungslose Unterbesetzung des Referats "Internationale Organisation", wozu auch die UNESCO zählt, daß die Bundesregierung die Länder und kulturellenfolgsorganisationen, sowie sich selbst nicht ausreichend und zeitgerecht auf den Laufenden hält, weil die heute jährlich anfallenden und zum Teil sehr dickleibigen, ca. 600 fremdsprachlichen Dokumente nur bruchteilweise übersetzt und ausgewertet werden können.

Die schlimmste Folge des Personalmangels aber ist, daß die ganze Abteilung in Routine- und Verwaltungsarbeit erstickt, daher von der Hand in den Mund lebt und nicht zum Konzipieren gelangt. Wenn man die Schwerpunkte unserer kulturellen Beziehungen, etwa zu den USA, den großen europäischen Partnerstaaten oder zu afrikanischen und asiatischen Staaten, sowie zu Lateinamerika nebeneinander betrachtet, fällt es nicht schwer zu erkennen, daß Zauberformeln wie "Kulturarbeit ist kulturelle Selbsterstärkung" oder andere nicht darüber hinwegzutäuschen vermögen, wie differenziert auch die Kulturarbeit draussen geworden ist. Soziologische, technische und rein zivilisatorische Aspekte stehen oft im Vordergrund des Interesses der Bevölkerung des Gastlandes bei einer Arbeit, die von vielen Kulturreferenten noch sehr traditionell verstanden wird, und sich noch allzu oft in der Vermittlung von musikalischen, allgemeinen künstlerischen oder literarischen Darbietungen erschöpft. Glücklicherweise scheint hier auch die letzte Bonner Botschafterkonferenz einige Kritik angesetzt und darauf hingewiesen zu haben, daß der Begriff Kultur ausserhalb Deutschlands im Verständnis der Allgemeinheit wesentlich weiter ins Politische hineinreicht als bei uns.

Dieser Differenziertheit ist die gegenwärtige Organisation der Kulturabteilung in keiner Weise gewachsen. Hier macht jeweils ein Referat für die ganze Welt gleich alles. Die Errichtung von je einem Europa-, Asien-, Afrika-, Lateinamerika- und USA-Kandareferat wäre dringend geboten, um einem gewissen Schematismus zu steuern, der vieles von unserer Kulturarbeit in seiner Wirkung zur Oberflächlichkeit verurteilt.

Konsequenzen, die noch zu ziehen sind

Vieles spricht dafür, daß das Gewicht der Spitze der Kulturabteilung künftig verstärkt werden sollte. Alle bisherigen Erfahrungen sprechen dafür, daß die Führung dieser Abteilung einem Staatssekretär anvertraut werden sollte, der sich auch im Kabinett Gehör zu verschaffen mag. Daß man in manchen Bundesländern einen solchen Schritt nicht wünscht, ist bekannt, und doch ist der Mann an der Spitze der Kulturabteilung genau so wichtig, wie der an der Spitze des Bundespresse- und Informationsamtes. Damit würde die Bundesrepublik auch von der Kalamität befreit, sich bei internationalen Erziehungsministerkonferenzen, der UNESCO-Generalkonferenz und zahlreichen anderen Gelegenheiten, bei denen nahezu alle Länder durch ihre Erziehungs- oder Kultusminister repräsentiert werden, sich von einem höheren Beamten vertreten zu lassen, weil der Vorsitzende der Kultusministerkonferenz das aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht kann und weil die Staatssekretäre im Auswärtigen Amt, die es könnten, keine Zeit haben.

Wenn man die materiellen Größenordnungen der notwendigen Reformen und Verbesserungen innerhalb der Auslandskulturarbeit betrachtet, so sind sie keineswegs erschreckend. Die Aufwendungen für die kulturelle Auslandsarbeit betragen gegenwärtig noch nicht ein Prozent des Verteidigungshaushaltes, um einen Anhalt für einen Etatvergleich zu gewinnen. Mit 30 Millionen mehr, also mit 200 statt der gegenwärtigen 170 Millionen, die praktisch 160 Millionen bindender Verpflichtungen umfassen, könnte der gegenwärtig abgestoppte Ausbau des organisatorischen Rahmens weitergeführt und in fünf Jahren abgeschlossen werden.

Wenn keine starken Verteuerungen eintreten, würde in einigen Jahren bei 250 Millionen pro Jahr eine Stabilisierung eintreten können, angesichts der Grenzen, die der Bundesrepublik auf dem Gebiet der kulturellen Beziehungen mit der Welt gesetzt sind und der Grenzen, die sie sich selbst setzen sollte.

Personell ließe sich von der leidigen Frage der Auslandsschulverwaltung abgesehen mit einem zusätzlichen Dutzend Beamten des höheren Dienstes die Kulturabteilung ebenfalls so organisieren, daß eine effektive Arbeit im Amt wie in der Zusammenarbeit mit den internationalen Organisationen geleistet werden kann. Freilich würde diese Personalvermehrung einen geringen Fortschritt bedeuten, wenn nicht bessere Aufstiegschancen für die Kulturreferenten geschaffen werden und wenn nicht durch die Schaffung einer Sonderlaufbahn oder die stärkere Heranziehung von Aussenseitern - die freilich häufig an dem gebotenen mediokren Salär scheitert - bessere Leute für eine leberschwichtige Aufgabe gewonnen werden können.